

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag*

30.11.2018

Für bessere Schulen und Mieterrechte

In dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages haben wir unseren innenpolitischen Kurs fortgesetzt und Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger erzielt.

An erster Stelle stehen Verbesserungen für [Schulen](#) und Maßnahmen für mehr [bezahlbaren Wohnraum](#). Nach intensiven Verhandlungen hat sich die Koalition mit Grünen und FDP auf die Änderung des Grundgesetzes geeinigt. Dadurch kann der Bund den Ländern und den Kommunen zusätzliches Geld für die Digitalisierung der Schulen und den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Wir haben dabei erreicht, dass die Bundesmittel nur zusätzlich zu den Länderausgaben erfolgen, die Länder sich also keinen schlanken Fuß machen. Allein für die Schulen stellt der Bund in den nächsten Jahren 5 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Wir bleiben bei unserer Haltung, dass Bundesmittel für Länderaufgaben nicht die Regel werden.

Durch zwei weitere Gesetze sorgen wir für mehr bezahlbaren Wohnraum: Zum einen wird es durch eine Sonderabschreibungsmöglichkeit für Investoren und Privatanleger attraktiver, in den Neubau von Mietwohnungen zu investieren. Zum anderen stärken wir den Mieterschutz: Mieterhöhungen dürfen nach Modernisierungen nicht mehr so hoch ausfallen und der Vermieter muss in bestimmten Fällen dem neuen Mieter unaufgefordert Auskunft über die Vormiete geben.

Beim UN-[Migrationspakt](#) (GCM) ist es uns gelungen, einen gemeinsamen Antrag mit unserem Koalitionspartner auf den Weg zu bringen, der unsere Linie und Erwartungshaltung klar formuliert. Wir begrüßen, dass sich die internationale Staatengemeinschaft dieser großen Herausforderung unserer Zeit widmet. Klar ist für uns dabei, dass der GCM Migration durch internationale Kooperation begrenzen soll. Andere Staaten sollen Migranten besser behandeln, damit sie dort oder in ihrer Heimat ein würdevolles Leben führen können. Die nationale Souveränität Deutschlands wird durch den UN-Migrationspakt nicht angetastet, das stellen wir klar.

Ein weiteres ethisch schwieriges Thema war in dieser Woche die Organspende. Über 10.000 Menschen warten in Deutschland auf ein Spenderorgan. Aber trotz grundsätzlich hoher Spendenbereitschaft in der Bevölkerung konnten im vergangenen Jahr in weniger als 800 Fällen gespendete Organe transplantiert werden. In der Orientierungsdebatte am Mittwoch standen sich daher unterschiedliche Meinungen gegenüber: Auf der einen Seite fraktionsübergreifend diejenigen, die an der bestehenden Zustimmungslösung festhalten wollen. Dabei sollen potenzielle Spender einer Organentnahme nach dem Hirntod ausdrücklich zustimmen. Auf der anderen Seite standen diejenigen, die eine sogenannte doppelte Widerspruchslösung favorisieren. Hierbei sollen Menschen automatisch Organspender sein können, wenn sie nicht von sich aus widersprechen. Nach ihrem Ableben müssten sich ihre Angehörigen an den mutmaßlichen Willen des Verstorbenen halten. Die gesundheitspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Karin Maag, sprach sich für die bewusste Zustimmung jedes Einzelnen aus: „Der freiheitliche Staat darf keine Entscheidungspflichten schaffen.“ Das Selbstbestimmungsrecht des Menschen dürfe nicht auf ein nachträgliches Veto reduziert werden. Es gelte, auf anderen Wegen die Spendenbereitschaft zu erhöhen, etwa über bessere Aufklärung und Beratung. Maag zweifelte auch daran, dass die mangelnde Spendenbereitschaft das Hauptproblem sei. Der Schlüssel liege bei den Kliniken, denen es an Zeit und Geld fehle. Sie regte auch die Schaffung eines Spenderregisters an. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende und ehemalige Gesundheitsminister Hermann Gröhe zeigte sich überzeugt, dass die Spendenbereitschaft in der Bevölkerung ohnehin hoch sei. Nun gehe es darum, dies auch in tatsächliche Organspenden umzusetzen. Daher müsse unter anderem die Art der Abfrage verbessert werden. Letztlich bleibe die Entscheidung aber dem Einzelnen selbst überlassen: „Eine Organspende ist ein Geschenk aus Liebe zum Leben. Das setzt Freiwilligkeit und Zustimmung voraus.“

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen hinkt Deutschland einer Studie zufolge international hinterher. In der am Donnerstag in Gütersloh veröffentlichten Vergleichsstudie der Bertelsmann Stiftung landet die Bundesrepublik auf Rang 16 von 17 untersuchten Ländern. „Während Deutschland noch Informationen auf Papier austauscht und an den Grundlagen der digitalen Vernetzung arbeitet, gehen andere Länder schon die nächsten Schritte“, heißt es. Dort seien digitale Systeme Alltag in Praxen und Krankenhäusern. Auf den ersten Rängen landen Estland, Kanada, Dänemark, Israel und Spanien. In diesen Ländern seien digitale Technologien bereits Alltag in Praxen und Kliniken. So würden Rezepte digital übermittelt und Gesundheitsdaten der Patienten in elektronischen Akten gespeichert. Ärzte und Kliniken könnten direkt darauf zugreifen. In Estland und Dänemark können laut Studie alle Bürger ihre Untersuchungsergebnisse, Medikationspläne oder Impfdaten online einsehen und Zugriffsmöglichkeiten für Ärzte und andere Gesundheitsberufe selbst verwalten. In Israel und Kanada seien Ferndiagnosen und Fernbehandlungen per Video selbstverständlich. „Die Politik gibt einen klaren Rahmen vor, sorgt für Akzeptanz bei den Akteuren und treibt die Entwicklung“, so die Studie. In 15 der 17 analysierten Länder gebe es «Agenturen für digitale Gesundheit» auf nationaler Ebene. Sie seien etwa für die Definition von technischen Standards für die Elektronische Patientenakte verantwortlich. Laut Studie hat Deutschland die ersten Schritte in Richtung Digitalisierung bereits früh gemacht. Im Alltag sei aber bislang wenig angekommen. Bereits 2003 habe die Bundesregierung die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte beschlossen. Außerdem gebe es erfolgreiche digitale Pilotprojekte auf regionaler Ebene, beispielsweise die Notfallversorgung von Schlaganfallpatienten oder das Telemonitoring von Menschen mit Herzerkrankungen. (KNA)

Gründungsoffensive Unternehmenskultur

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) startet mit den vier großen Wirtschaftsverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH eine große Gründungsoffensive. Gemeinsam sollten die Unternehmenskultur - ob per Neugründung oder in Nachfolge - in Deutschland gestärkt und mehr Menschen zu unternehmerischer Selbständigkeit motiviert werden, zitierte das *Handelsblatt* am Donnerstag aus einer gemeinsamen Erklärung. In sechs Punkten listen die Initiatoren auf, was sie nun angehen wollen. Das Wirtschaftsministerium nennt laut *Handelsblatt* zusätzlich zehn Punkte, mit denen Gründer in Deutschland gestärkt werden sollen. „Deutschland braucht mehr Menschen, die mit Mut, Kreativität und Verantwortung eigene Ideen umsetzen und innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln“, zitierte die

Zeitung Altmaier aus dem Vorwort. Schwerpunkte der Gründungsoffensive sind die Belebung des Gründergeistes, Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge, weniger Bürokratie und mehr steuerliche Entlastungen für Unternehmensgründer sowie eine stärkere Förderung von weiblichen Gründern und solchen mit Migrationshintergrund. Konkret sollen „Chancen und Herausforderungen unternehmerischer Selbstständigkeit“ bei der Ausbildung und in den Berufsschulen stärker vermittelt werden, so Altmaier weiter. Das Bundeswirtschaftsministerium verspreche zudem, sich dafür einzusetzen, dass es künftig möglich ist, ein Unternehmen mit einem Behördengang zu gründen - statt wie heute oft notwendig von einem Amt zum anderen laufen zu müssen. Eine wichtige Säule ist laut Bericht auch die Finanzierung: Insbesondere in der Frühphase gebe es ausreichend Gründungs- und Wagniskapital, so die Bestandsanalyse der Verbände und des Ministeriums. „Jetzt gilt es, die Bedingungen so zu entwickeln, dass mehr privates Beteiligungskapital mobilisiert werden kann.“ (AFP) -

Über 45 Millionen Erwerbstätige

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes befinden sich 45,04 Millionen Beschäftigten in Deutschland in Arbeit. Damit sind fast 80 Prozent der 20- bis 64-Jährigen in Deutschland erwerbstätig. Mit 79 Prozent habe Deutschland die zweithöchste Erwerbstätigenquote in der EU, stellte das Statistische Bundesamt fest. Nur Schweden hatte im vergangenen Jahr mit 82 Prozent einen höheren Anteil von Berufstätigen. Im EU-Durchschnitt lag die Quote bei 72 Prozent. Vor allem die Berufstätigkeit von Frauen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Sie stieg von 67 Prozent im Jahr 2007 auf 75 Prozent im vergangenen Jahr. Dennoch sind Frauen den Angaben zufolge in allen EU-Staaten immer noch seltener auf dem Arbeitsmarkt aktiv als Männer. Im EU-Durchschnitt gingen 2017 rund 78 Prozent der Männer, aber nur 66 Prozent der Frauen einer Arbeit nach. Fast jede zweite berufstätige Frau in Deutschland (47 Prozent) war teilzeitbeschäftigt. Einen besonders deutlichen Beschäftigungszuwachs gab es in den vergangenen Jahren bei den älteren Menschen. Die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen stieg in Deutschland zwischen 2007 und 2017 von 33 Prozent auf 58 Prozent. Von den 20- bis 24-Jährigen waren in Deutschland im vergangenen Jahr 65 Prozent erwerbstätig, deutlich mehr als im EU-Durchschnitt (52 Prozent). (epd).

Zitat

„Europa hat viele Herausforderungen. Aber die mit der Migration könnte zu einer Schicksalsfrage für die Europäische Union werden.“ (Kanzlerin Angela Merkel, CDU, am 28. Juni bei ihrer Regierungserklärung im Bundestag.)